

Sächsischer Richterverein

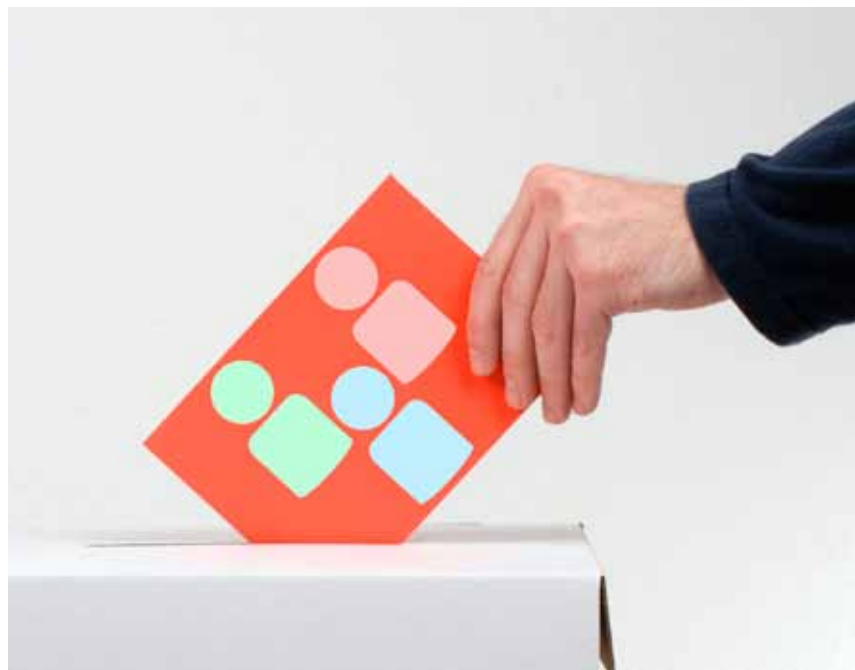


Informationen des Vereines der Richter
und Staatsanwälte im Freistaat Sachsen



SONDERINFO

Wahlen 2016



Wahlen zu den Mitbestimmungsgremien

SRV
im Deutschen Richterbund

Sack

Ihr starker Partner für Fachmedien in Leipzig

In unserer Fachbuchhandlung finden Sie ständig eine große Auswahl an Titeln aus den Bereichen »Recht, Wirtschaft und Steuern«. Nicht vorrätige Werke liefern wir in der Regel innerhalb von 24 Stunden portofrei und senden Ihnen Titel sogar kostenlos zur Ansicht. Mit zehn Standorten bundesweit bieten wir Ihnen außerdem umfassende Beratungs- und Serviceleistungen sowie wirkungsvolle digitale Arbeitsmittel, die flexibel auf Ihre Bedürfnisse angepasst werden können; z.B. finden Sie mit dem »Approval Plan« in unserem webbasierten Einkaufstool punktgenau die für Sie relevanten Neuerscheinungen.

Fachbuchhandlung Sack
Harkortstr. 7 · 04107 Leipzig
Tel.: 0341 - 99 711 - 0
Fax: 0341 - 99 711 - 14
Mo – Fr: 8:30 – 18:00 Uhr
E-Mail: leipzig@sack.de
www.sack.de

Für Freiheit und Sicherheit



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 14. September ist Wahltag zu den Mitbestimmungsgremien in der sächsischen Justiz. Für eine neue Amtszeit von 5 Jahren sind die Präsidialräte der Gerichtsbarkeiten, der Hauptstaatsanwaltsrat, die örtlichen Richter- und Staatsanwaltsräte und der Landesrichter- sowie der Landesstaatsanwaltsrat zu wählen. Seit der letzten Wahl 2012 hat sich viel verändert – in unserem Land und in der Justiz.

In der Gesellschaft haben wir eine Polarisierung und einen Vertrauensverlust der Institutionen erlebt, die viele von uns nicht für möglich gehalten hätten. Das betrifft auch uns. Und darum haben wir uns diesem

Thema auch auf unserem SRV-Tag, über den Karin Schreitter-Skvortsov und Franziska Heerwig berichten, gewidmet. Mit einer Podiumsdiskussion ist es in dieser Sache natürlich nicht getan. Aber sie ist ein Anfang. Der Deutsche Richterbund hat als berufsständische Organisation kein allgemeines politisches Mandat, aber Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind die Grundwerte, für die wir stehen und für die wir streiten. Ohne sie gibt es weder Freiheit noch Sicherheit.

Auch unsere verbandspolitischen Aufgaben als Richterverein sind gewachsen. Am augenfälligsten ist dies gewiss im Zuge der Umsetzung der Besoldungsentscheidung des Bundesverfassungsgerichts gewesen. In schwierigen Gesprächen, über die Dr. Andreas Stadler berichtet, haben wir an einer Lösung mitgearbeitet, die unsere Mitglieder – wofür ich sehr dankbar bin – in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung einstimmig mitgetragen haben. Wir sind jetzt als gleichwertiger Gesprächspartner anerkannt und werden die entsprechende Verantwortung in der Zukunft ernsthaft und entschlossen wahrnehmen.

Und innerhalb der Justiz sind große Aufgaben zu bewältigen. Der Generationenwechsel steht bevor. Es müssen die entsprechenden Weichen gestellt werden. Zugleich schreitet die Digitalisierung der richterlichen und staatsanwaltlichen Arbeit voran. Wir stehen dem offen gegenüber. Aber die politischen Protagonisten müssen ihre Hochglanz-Versprechen endlich auch in der Realität umsetzen. Nach Jahren der Entwicklung, Erprobung, Pilotierung und Praxisanwendung ist forum^{STAR} noch immer nicht alltagstauglich und wird es frühestens mit einer neuen Version in ein paar Jahren werden. So holen wir den technologischen Rückstand nicht auf, sondern nehmen der Justiz die Arbeitsfähigkeit. Dass muss endlich besser werden.

In diesem Umfeld haben wir auch die Kandidaten für die Wahlen im September ausgewählt, die wir Ihnen in diesem Heft vorstellen. Wir sind überzeugt, dass sie mit Engagement für die Werte stehen, die der SRV vertritt, vor allem aber für Sie eintreten. Die Kandidaten genießen unser Vertrauen, sie verdienen Ihres.

Ihr

Reinhard Schade

Inhalt:

Vorwort:	
Für Freiheit und Sicherheit.....	3
Mitgliederversammlung	
2016.....	4
Ergebnisse der	
Vorstandswahlen des SRV.....	5
SRV-Tag.....	5
Die Verhandlungen über die	
Umsetzung der Besoldungs-	
entscheidung des Bundes-	
verfassungsgerichts.....	6
Kandidatenvorstellung.....	9
Vorsicht Satire!.....	20

Impressum:

Das SRV-Info - Informationsblatt des Vereins der Richter und Staatsanwälte im Freistaat Sachsen - wird herausgegeben vom Sächsischen Richterverein e.V., Sitz Dresden.

Ausgabe: Sonderausgabe 2016
Auflage: 1.520

Für den Inhalt der Beiträge sind die angegebenen Autoren verantwortlich.
Wahlaussagen: die Kandidaten
Vorstellungstexte: Dr. Andreas Stadler
Fotos: die Kandidaten
Titelseite: © kebox - fotolia.com
S. 3 Reinhard Schade
S. 5 © Reinhard Schade
S. 7 © Heinz-Josef Lücking - Wikipedia

Verantwortliche Redakteure:
Dr. Andreas Stadler
Staatsministerium der Justiz,
Hospitalstr. 7, 01097 Dresden
andreas.stadler@smj.justiz.sachsen.de

Dr. Hartwig Kasten
Sozialgericht Leipzig,
Berliner Str. 11, 04105 Leipzig
hartwig.kasten@sgl.justiz.sachsen.de

Redaktionsschluss für Heft 2/2016
31. Oktober 2016

Satz & Layout / Druck:
Marketing Geipel - Auerbach/V.

Wir machen Druck.de
Sparen Sie bis zu 50% beim Druck!

Sie finden uns im Internet unter:

www.richtervereinsachsen.de oder www.richterverein.info

Ordentliche und außerordentliche Mitgliederversammlung 2016



Im April hatten die Mitglieder des SRV weitreichende Entscheidungen zu treffen.

Für den 5. April 2016 hatte der Vorstand eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Das Thema war auch ein außerordentliches:

Es ging um die Vereinbarung zur Besoldungserhöhung anhand der verfassungsgerichtlichen Vorgaben. *Reinhard Schade* und *Dr. Andreas Stadler* hatten in langwierigen Verhandlungen mit dem Finanzminister des Freistaates Sachsen zweierlei Bahnbrechendes erreicht. Einmal die Teilnahme des SRV an derartigen Verhandlungen, obwohl uns im Unterschied zu anderen Gewerkschaften kein Streikrecht zusteht und bundesweit die Richtervereine an derartigen Runden nicht teilnehmen. Zum anderen den Vorschlag für eine Einigung, der eine rückwirkende Nachzahlung für die letzten fünf Jahre und eine Anpassung für die Zukunft an das vorsieht, was verfassungsrechtlich erforderlich ist.

Reinhard Schade und *Dr. Andreas Stadler* berichteten über den Gang der Verhandlungen und erläuterten den gefundenen Kompromiss. Beide skizzierten auch das weitere Vorgehen des SRV, sollte dieser Kompromiss tatsächlich umgesetzt werden. In diesem Fall wird der SRV die anhängigen Klagen für erledigt erklären und seinen Mitgliedern ähnliches für die aktuellen Widersprüche empfehlen. Eine finanzielle Unterstützung für weitere Prozesse durch den SRV wird es dann nicht geben. Der Vorstand empfahl die Annahme des Kompromisses. Mit überwältigender Mehrheit – nämlich einstimmig – stimmten die Mitglieder für diesen Vorschlag. An dieser Stelle gilt den Protagonisten der Verhandlungen ein herzliches Dankeschön. Ihre Berechnungen nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und die Durchsetzung der Teilnahme an den Verhandlungen haben den Erfolg erst möglich gemacht.

Kurz darauf fand die von langer Hand geplante ordentliche Mitgliederversammlung statt. *Reinhard Schade* berichtete über die zuletzt erfolgten Aktivitäten, wobei natürlich die Besoldungsverhandlungen im Vordergrund standen. Er nahm sich die Zeit, noch einmal die gesamte

Entwicklung der Arbeit für eine amtsangemessene Besoldung darzustellen. Angefangen von den Vorarbeiten von *Andreas Zimmer* über die Finanzierung der Musterklagen bis zur Ausarbeitung der Berechnungen von *Dr. Andreas Stadler* und der Teilnahme an den Verhandlungen. Dieser Erfolg sollte nun dazu genutzt werden, weitere Mitglieder zu werben.

Der SRV hat aber mehr getan, als nur um Geld zu kämpfen. *Sabine Wollentin* hat für eine neue Homepage gesorgt, *Lars Brüggemann* und *Reinhard Schade* haben das IT-Forum besucht. Der Vorstand hat sich um die Entwicklung zur elektronischen Akte gekümmert. Das Seminar „Mitbestimmung in der Justiz“ wurde organisiert. Schließlich ist der SRV zwar ein kleiner Verband, aber trotzdem im Deutschen Richterbund aktiv. *Reinhard Schade* leitet die Findungskommission, die Personalvorschläge für die Führungsgremien des DRB erarbeitet. Regelmäßig werden Seminare des DRB besucht und die Arbeit unterstützt – nicht zuletzt finanziell. Schließlich würdigte *Reinhard Schade* die Arbeit der scheidenden Vorstandsmitglieder und die der Mitglieder in den Mitbestimmungsgremien.

Im Zuge des zu erwartenden „Geldsegens“ der Besoldungserhöhung und der erhöhten Beitragspflichten an den DRB genehmigten die Mitglieder eine moderate Beitragserhöhung. Der SRV hat mit der Finanzierung der Besoldungsklagen seine Reserven angegriffen. Die müssen wieder aufgefüllt werden. *Steffen Riemer* und *Hans Leibfritz* erläuterten – wie jedes Jahr in unterhaltsamer Weise – die Finanzen des Vereins, die geordnet sind, keine Schulden aufweisen, aber vor denen die allgemeine Kostenerhöhung nicht Halt macht.

Schließlich wurden der alte Vorstand entlastet und der neue gewählt. Auch der SRV kann sich der nötigen Verjüngung der Justiz nicht verschließen. Drei verdiente Vorstandsmitglieder, denen auch hier für ihre engagierte Arbeit unser aller Dank gilt, haben sich aus dem Vorstand zurückgezogen und nicht mehr kandidiert: *Sabine Wollentin*, *Dominik Börner* und *Dr. Stephan Schmitt*. Für sie stellten sich *Franziska Heerwig*, *Dr. Stefan Henke* und *Dr. Hartwig Kasten* zur Wahl. Die Wahlergebnisse zeigen ein großes Vertrauen in die Kandidaten: Alle 10 zur Wahl stehenden Vorstandsmitglieder einschließlich des Vorsitzenden wurden mit mindestens 85 % der Stimmen gewählt.

Karin Schreitter-Skvortsov

Ergebnisse der Vorstandswahlen des SRV

Es wurden gewählt

- zum Landesvorsitzenden: **Reinhard Schade** (91 Stimmen)
- zu Vorstandsmitgliedern: **Lars Brüggemann** (85 Stimmen), **Franziska Heerwig** (87 Stimmen), **Dr. Stefan Henke** (87 Stimmen), **Dr. Hartwig Kasten** (87 Stimmen), **Frank Ponsold** (89 Stimmen), **Steffen Riemer** (90 Stimmen), **Karin Schreitter-Skvortsov** (88 Stimmen), **Dr. Andreas Stadler** (89 Stimmen), **Peter Stange** (91 Stimmen) und **Andreas Zimmer** (89 Stimmen)

SRV-Tag

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung des Sächsischen Richtervereins fand am späten Nachmittag im großen Saal des Landgerichts Dresden der SRV-Tag statt.

Nach einleitenden Worten des wiedergewählten Landesvorsitzenden *Reinhard Schade* sprach zunächst der Sächsische Staatsminister der Justiz *Sebastian Gemkow* zu den anwesenden SRV-Mitgliedern und Gästen aus der Justiz. Dabei gab er in einem ersten Teil einen Rückblick auf das aus seiner Sicht bisher Erreichte als sächsischer Justizminister. Das waren vor allem die zusätzlichen Richter- und Staatsanwaltsstellen, die in den letzten beiden Jahren durchgesetzt werden konnten und für die sich der Justizminister auch zukünftig stark machen will. In einem zweiten Teil blickte er nach vorn und sprach über die Herausforderungen, denen sich die sächsische Justiz in den kommenden Jahren stellen muss. Dabei wurde deutlich, dass dem Justizminister die Problematik der Altersstruktur in der Justiz bewusst ist und es für ihn ein zentrales Anliegen ist, dieser durch Schaffung von neuen Stellen zu begegnen.

Im Anschluss an den Justizminister sprach *Christoph Frank*, der damalige langjährige Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, der zu diesem Zeitpunkt nur noch kurz im „Amt“ war. Dementsprechend hielt er vor allem eine Abschiedsrede und zog Bilanz über seine Zeit als DRB-Vorsitzender. Dabei ging er auch auf die Besonderheiten in Sachsen ein und fand viel Lob sowohl für Justizminister *Sebastian Gemkow*, der sich im Hinblick auf das Verhältnis zur Justiz wohlthuend von seinen Vorgängern abhebe, als auch für den Sächsischen Richterverein, das vor allem auch der Arbeit des Vorstandes und dem dadurch Erreichten im Hinblick auf die Besoldungserhöhung galt.

An die umfangreichen Grußworte schloss sich eine Podiumsdiskussion an, die unter dem Motto „Im Namen des Volkes – Justiz in einer radikaler werdenden Gesellschaft“ stand.

Es diskutierten:

- *Gordian Meyer-Plath*, Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen. Er berichtete vor allem über Entwicklungen in Sachsen im Zusammenhang mit Pegida. In diesem Zusammenhang sah er es als besorgniserregend an, dass es mittlerweile populär geworden sei, rechte Meinungen zu äußern, die früher noch als Tabus galten.

- *Michael Wolting*, Präsident des Amtsgerichts Leipzig. Er vertrat die Justizseite auf dem Podium und konnte von eigenen Erfahrungen am Amtsgericht Leipzig berichten, an denen sich die Radikalisierung der Gesellschaft zeige. Dabei ging er unter anderem auf die Anschläge auf das Leipziger Amtsgerichtsgebäude ein. Aus seiner Sicht sei in Leipzig eher von linksgerichteten Anschlägen auszugehen. Er sieht Gefahren deshalb nicht nur auf Seiten rechter Radikalisierung. Außerdem berichtete er von Erlebnissen seiner Richterkollegen aus dem Gerichtssaal, mit denen er seine Thesen illustrierte.

- *Uta Deckow*, Vorsitzende der Landespressekonzferenz Sachsen. Sie plädierte zunächst grundsätzlich für mehr Zivilcourage, auch in der Justiz. Sie berichtete von eigenen Erlebnissen, vor allem Gesprächen mit Bekannten, aus denen deutlich wurde, dass rechte Themen mittlerweile auch in gemäßigteren Bevölkerungsteilen angekommen seien. Eines ihrer Grundanliegen war, dass man auch bei Auseinandersetzungen über politische Themen immer menschlich bleiben sollte.

Die Podiumsdiskussion wurde von *Gilbert Häfner*, Präsident des Landgerichts Dresden, moderiert. Das Publikum beteiligte sich rege an der Diskussion. Dabei gab es sowohl eigene Statements als auch kritische Fragen an die Diskutierenden. Daran zeigte sich das große Interesse an dem gewählten Thema, das der Sächsische Richterverein auch zukünftig im Auge behalten wird.

Franziska Heerwig

Die Verhandlungen über die Umsetzung der Besoldungsentscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Am 18. Dezember des letzten Jahres stellte das Bundesverfassungsgericht den Beschluss des Zweiten Senats vom 17. November 2015 – 2 BvL 5/13 u.a. – zu und veröffentlichte ihn sogleich. Mit dieser Entscheidung stellte das Gericht die Verfassungswidrigkeit der A10-Besoldung in Sachsen im Jahr 2011 fest und gab dem Landesgesetzgeber auf, bis zum 30. Juni 2016 verfassungsgemäße Zustände herzustellen.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, dass das Gericht nicht die Streichung der jährlichen Sonderzahlung, sog. „Weihnachtsgeld“, für verfassungswidrig erklärt hat, sondern den dadurch entstandenen Rückstand der Besoldungsentwicklung. Entsprechend verfügte der Gesetzgeber auch über mehrere verschiedene Handlungsoptionen zur Herstellung verfassungsgemäßer Zustände. Rechtlich interessant ist an dem Beschluss vor allem die Klarstellung, dass der Wegfall der Besoldungsabsenkung Ost zum 1. Januar 2010 nicht zu berücksichtigen ist. Darüber hinaus verwarf das Gericht weitgehend „soziale“ Differenzierungen bei Besoldungserhöhungen und legte eine künftige 1:1-Übernahme der Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes nahe.

Politisch vernünftig bat das sächsische Finanzministerium deshalb die Spitzenorganisationen der Bediensteten an den Gesprächstisch, um die Konsequenzen der Entscheidung und die zur Herstellung verfassungsgemäßer Zustände nötigen Schritte zu beraten. Mit den Klagen der Beamten auf amtsangemessene Besoldung, wie sie auch der SRV initiiert hatte, stand die Staatsregierung unter erheblichem politischen Druck und wollte neue Polarisierungen vermeiden. Aus demselben Grund war das Finanzministerium auch von Anfang an bereit, eine Regelung über den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts hinaus für alle Besoldungsgruppen und alle Jahre zu finden.

Um in diese Gespräche einbezogen zu werden, mussten wir als Sächsischer Richterverein das Finanzministerium erst darauf hinweisen, auch ein Spitzenverband zu sein. Ab der zweiten Runde Ende Januar nahmen wir aber an den Gesprächen teil. Verhandlung sollten die Gespräche niemals heißen, weil es hier nicht um ein Aushandeln von Entgelthöhen gehen sollte, sondern um die Umsetzung einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Dieser Grundkonsens wurde im Laufe der Zeit immer wieder Belastungsproben unterworfen, weil mancher

Beteiligter vor allem „politische“ Gespräche führen wollte und das Finanzministerium die Erfüllung rechtlicher Maßstäbe für einen wertungsfreien, rein mathematischen Vorgang hielt. Während der folgenden Gesprächsrunden präsentierte das Finanzministerium Übersichten, wie sich die Maßstäbe des Bundesverfassungsgerichts in den einzelnen Besoldungsgruppen und Jahren auswirken würden. Erwartungsgemäß waren alle Besoldungsgruppen gleichermaßen betroffen. Gravierende Unterschiede bestehen dagegen zwischen den einzelnen Jahren, weil durch den 15-Jahres-Vergleich immer neue Bezugsgrößen herangezogen werden müssen. Die zähen Betrachtungen dieser Zahlenwerke sollten wohl vor allem die Spitzenverbände frühzeitig auf eine 4,99 %-Grenze festlegen, die das Finanzministerium unermüdlich „Null-Linie“ nannte. Auf der ersten Stufe der dreistufigen Prüfung des Bundesverfassungsgerichts besteht die Vermutung einer verfassungswidrigen Unteralimentation, wenn die Entwicklung der Besoldung über einen 15-Jahres-Zeitraum hinter der Entwicklung von drei Vergleichsparametern jeweils um mindestens 5 % zurückbleibt. Daher – so das Finanzministerium – sei die Besoldung verfassungsgemäß, wenn die Besoldung so angehoben wird, dass einer der drei Vergleichsparameter nur um 4,99 % unterschritten wird. Oberhalb dieser „Null-Linie“ sollte es nur noch politische Gestaltungsmöglichkeiten geben. Die SRV-Mitglieder am Gesprächstisch haben dem bis zum Schluss vehement widersprochen, denn damit bleibe die Besoldung weiter hinter den Vergleichsparametern, insb. der Inflationsentwicklung, zurück. Beamte und Richter erleiden so kontinuierlich Kaufkraftverluste. Zudem solle der Schwellenwert des Bundesverfassungsgerichts für die Vermutung der Unteralimentation von 5 % Prognose- und Berechnungsungenauigkeiten kompensieren, die bei einer rückwirkenden Betrachtung nicht bestehen. Überdies sei der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nicht zu entnehmen, dass bei einem mehrjährigen Unterschreiten der Bezugsgrößen nicht auch von Unteralimentation auszugehen sei, selbst wenn die jeweils „nur“ 4,99 % betrage.

Das Verhältnis zwischen den Spitzenverbänden gestaltete sich während der Gespräche anders, als man dies erwarten würde. Schon die Vereinbarung einer gemeinsamen Verhandlungsposition erwies sich als schwierig, weil Konkurrenz-



Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

denken und Neid nie ganz abgestellt werden konnten. Außerdem verfügte mit einer Ausnahme kein Vertreter eines der Spitzenverbände über Erfahrungen mit Tarifverhandlungen, weil diese regelmäßig auf der Bundesebene erfolgen. Durch fehlendes Verhandlungsgeschick wurden manche Positionen zu früh aufgegeben. Der Wunsch einiger Spitzenverbände, die jeweilige Mitgliedschaft zeitnah über die Gesprächsinhalte und die eigenen Forderungen und mögliche Ergebnisse zu unterrichten, hat die eigenen Verhandlungspositionen auch nicht nur gestärkt. So ärgerlich dies mitunter war, hat es sich auf das Ergebnis aber kaum ausgewirkt, denn in einem waren sich die Spitzenverbände zu jedem Zeitpunkt einig: Es kommt darauf an, vor allem für die Zukunft eine tragfähige Lösung zu finden. Dafür war man bereit, auch Forderungen für die Vergangenheit zu opfern. Und so ist es schließlich auch gekommen.

Die entscheidende Gesprächsrunde begann am 22. April um 17:00 Uhr im Finanzministerium, aber man hätte auch ein paar Stunden später beginnen können. Weil schwierige Kompromisse den eigenen Anhängern besser vermittelt werden können, wenn die äußeren Umstände auf Verhandlungen bis zur Erschöpfung hindeuten, gehört es zum Ritual, dass solche Gespräche erst nach 2 Uhr morgens zu einem Ergebnis führen dürfen. Entsprechend kommt es erst ab 23:00 Uhr zu echten Fortschritten. Bis dahin wird lediglich die jeweilige Argumentationsfähigkeit und -bereitschaft getestet. Eine echte Diskussion entwickelt sich aber nicht. Vielmehr werden nur Positionen ausgetauscht. Dennoch ist es wichtig, auf mögliche Argumente des Gegners vorbereitet zu sein und auf sie erwidern zu können. Auf dem Höhepunkt der Gespräche

versuchte das Finanzministerium, sich den gegenseitigen Neid unter den Spitzenverbänden zu Nutze zu machen. Auf den Vorschlag, eine geringere prozentuale Erhöhung zu akzeptieren, damit die absolute Höhe der Erhöhung für die oberen Besoldungsgruppen niedriger ausfällt – übrigens nicht die einzige Gemeinheit während der Gespräche –, gingen die Kollegen aber nicht ein. In der Diskussion um die tabellenwirksame Erhöhung für die Zukunft kam es uns auf das jährliche Gesamtvolumen an. Dieses sollte dasjenige der letzten Zahlung 2010 überschreiten. Das ist gewährleistet.

Schließlich haben wir dem Kompromiss im Ergebnis einer schwierigen Abwägung zugestimmt. Einiges wurde erreicht, auf anderes verzichtet. Die Alternative hätte im Klageweg bestanden. Wahrscheinlich würde das Bundesverfassungsgericht dabei das Gesamtpaket betrachten. Da sich insgesamt der Abstand zur Untergrenze in der Zukunft eher vergrößern wird, erschienen uns die Prozessaussichten zu gering.

Mit diesen Gesprächen und dem sich anschließenden parlamentarischen Verfahren ist nicht nur ein Problem gelöst worden. Es ist zugleich der Anfang gemacht für eine Beteiligung auch der Richter und Staatsanwälte an künftigen Gesprächen über die Umsetzung von Tarifverträgen auf die Beamten und Richter.

Mit anderen Worten:

Die Arbeit fängt jetzt erst an.

Dr. Andreas Stadler

Präsidialrat der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Der Sächsische Richterverein schlägt die folgenden Kolleginnen und Kollegen für die Wahl zum Präsidialrat der ordentlichen Gerichtsbarkeit vor:



Vorsitzender Friedrich Graf zu Stolberg Stolberg

Die sachliche und effektive Arbeit des Präsidialrates habe ich in den letzten vier Jahren schätzen gelernt. Gerne würde ich mich an dieser Stelle auch weiterhin im Interesse einer kritisch-konstruktiven Begleitung der Personalentwicklung engagieren.

Friedrich Graf zu Stolberg Stolberg ist Präsident des Landgerichts Görlitz. 1962 in Salzburg geboren, studierte er in Passau und Freiburg und absolvierte den Vorbereitungsdienst in München und Ingolstadt. 1991 trat er in den sächsischen Justizdienst, zunächst als Referent für öffentliches Recht im SMJus und anschließend als Insolvenz- und Zivilrichter beim Amtsgericht Dresden. Es folgten Tätigkeiten als Pressesprecher des SMJus von 1994 bis 1998 und als Staatsanwalt in Bautzen bis 2001. Hierauf wirkte er als weiterer aufsichtsführender Richter am Amtsgericht Bautzen, als Direktor des Amtsgerichts Hoyerswerda und ab 2003 als Leiter des Personalreferats im SMJus, bis er schließlich 2008 das Amt des Präsidenten des Landgerichts Görlitz übernahm.



Stellvertretender Vorsitzender Gilbert Häfner

Der Sächsische Richterverein unterstützt die Kandidatur von Gilbert Häfner, Präsident des Landgerichts Dresden, der von der NRV vorgeschlagen wurde.

Gilbert Häfner, Präsident des Landgerichts Dresden, wurde 1955 in München geboren und studierte in München, Genf und Heidelberg. Nach dem Referendariat in Heidelberg hat er 1983 dort zunächst als Staatsanwalt, dann als Amtsrichter angefangen. 1985 wechselte er ins Justizministerium Baden-Württemberg als Referent und Referatsleiter, zunächst in der Personalabteilung, später im Landesjustizprüfungsamt, wo er vor allem für die Fortbildung zuständig war. 1992 ging er als Präsident des Landesjustizprüfungsamtes und Leiter der Abteilung Aus- und Fortbildung ins Sächsische Justizministerium, bis er 1995 Vorsitzender eines Zivilsenates am OLG Dresden wurde. Nach 14 Jahren wechselte er 2009 wieder in das sächsische Justizministerium und übernahm dort die Leitung der Abteilung I. 2012 wurde er zum Präsidenten des Landgerichts Dresden ernannt. Er ist verheiratet und hat zwei studierende Töchter. In der zu Ende gehenden Wahlperiode war Herr Häfner stellvertretender Vorsitzender des Präsidialrates.

Weitere Mitglieder



Enrico Barthel

Enrico Barthel ist Richter am Landgericht. Er wurde 1965 in Dresden geboren, studierte in Jena und absolvierte seine Referendarzeit in Hessen. 1993 trat er in den Justizdienst ein und ist seitdem auch Mitglied des SRV. Nach verschiedenen Aufgaben als Richter und Staatsanwalt gehört er seit dem Jahr 2000 dem Landgericht Bautzen/Landgericht Görlitz an. Seit 2012 hat er (nachrückend) erste Erfahrungen im Präsidialrat gesammelt. Enrico Barthel ist verheiratet und hat eine Tochter.

Simone Herberger

Simone Herberger ist Vorsitzende Richterin am Landgericht Chemnitz und stellvertretendes Mitglied des Verfassungsgerichtshofs des Freistaates Sachsen. Sie wurde 1962 geboren, studierte in Berlin und war ab 1988 Richterin am Kreisgericht Karl-Marx-Stadt/Süd. 1991 wurde sie in den sächsischen Justizdienst übernommen, 1994 zur Richterin am Amtsgericht ernannt und 2000 zur weiteren aufsichtsführenden Richterin befördert. In den folgenden Jahren war sie an das Oberlandesgericht Dresden abgeordnet, bevor sie 2003 in ihre gegenwärtige Position versetzt wurde, in der sie zunächst der Jugendkammer und seit 2008 dem Schwurgericht vorsitzt. Im selben Jahr wählte der Landtag sie zum stellvertretenden Mitglied des Verfassungsgerichtshofs. Seit 1998 ist sie Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses und seit 2004 Mitglied des Präsidialrates.



Katja Kohlschmid

Ich kandidiere erneut für den Präsidialrat, weil ich die Interessen der sächsischen Richterinnen und Richter bei Personalentscheidungen gegenüber dem Ministerium vertreten möchte. Gerade weil wir nur über beschränkte Mitwirkungsrechte verfügen, ist es besonders wichtig, diese entschieden und konsequent wahrzunehmen.

Katja Kohlschmid ist Direktorin des Amtsgerichts Grimma. Sie wurde 1965 geboren und studierte in München, wo sie auch das Assessorexamen ablegte. 1993 trat sie in die sächsische Justiz ein. Es folgten Stationen an der Staatsanwaltschaft Landshut und an den Amtsgerichten Rochlitz und Hainichen. Dort wurde sie 1996 auf Lebenszeit in das Richteramt berufen. Zwischen 2001 und 2004 war sie an das Oberlandesgericht abgeordnet und wurde 2005 ständige Vertreterin des Direktors des Amtsgerichts Riesa. 2008 wurde sie Direktorin des Amtsgerichts Oschatz und war seit 2009 zudem mit der Leitung des Amtsgerichts Torgau betraut. Seit 2013 hat sie ihr gegenwärtiges Amt inne. Katja Kohlschmid ist seit 1999 Mitglied des Präsidialrates der ordentlichen Gerichtsbarkeit.



Hanspeter Riechert

Gerechte Personalentscheidungen halte ich für sehr wichtig. Dafür habe ich mich bereits in der Vergangenheit in meinen Verwaltungstätigkeiten eingesetzt und werde ich mich auch im Falle meiner Wahl einsetzen.

Hanspeter Riechert ist Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht. 1961 in Fürth geboren, studierte er in Erlangen und absolvierte seine Referendarzeit in Nürnberg, Fürth und in der Wahlstation in Dresden. Aus letzterem resultierte 1992 der Eintritt in den sächsischen Justizdienst. Er war zunächst als Referent in der Strafrechtsabteilung des SMJus, dann als Staatsanwalt bei der StA Dresden und als Zivilrichter am LG Dresden beschäftigt. Es folgten Tätigkeiten als Präsidialrichter und Zivilrichter am OLG, als Personalreferatsleiter am SMJus, als Vorsitzender von Zivilkammern und einer Kleinen Strafkammer sowie als Präsidialrichter am LG Dresden. Seit 2009 ist er Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht. Er war Mitglied des Präsidiums am LG und ist es heute am OLG. Herr Riechert ist verheiratet.





Martin Schultze-Griebler

Der Präsidialrat ist ein wichtiges Mitwirkungs-gremium der sächsischen Richterschaft, auch wenn er nach meiner Meinung nur mit unzureichenden Kompetenzen ausgestattet ist. Ich gehöre diesem Gremium nun seit 2012 an. In dieser Zeit hat sich der Präsidialrat mit zahlreichen Beförderungsvorschlägen des Justizministeriums beschäftigt. In mehreren Fällen wurden Gegen-vorschläge unterbreitet, die zu einem großen Teil erfolgreich waren. Dies wurde durch die stets sachliche und offene Beratungskultur innerhalb des Gremiums ermöglicht. Diese Arbeit möchte ich gerne im Interesse der Kolleginnen und Kollegen fortsetzen und bitte Sie daher um Ihre Unterstützung.

Martin Schultze-Griebler ist seit 2006 Vizepräsident des Landgerichts Dresden und Vorsitzender einer Kleinen Strafkammer und einer Kleinen Jugendkammer. 1956 geboren, studierte er in Freiburg und wechselte nach Tätigkeiten als Staatsanwalt und Richter in Baden-Baden und Heidelberg 1992 in die sächsische Justiz als Strafrichter beim Kreisgericht Meißen. Von 1993 bis 1996 war er als Präsidialrichter, Zivil- und Strafrichter beim Amtsgericht Dresden tätig und von 1996 bis 2001 als Vorsitzender der Großen Wirtschaftsstrafkammer und der Staatsschutzkammer am Landgericht Dresden. Anschließend leitete er das Referat Strafverfahrensrecht im Staatsministerium der Justiz. Er war mehrere Wahlperioden hindurch Mitglied im Landesvorstand des SRV. Er ist verheiratet und hat zwei Söhne. In seiner Freizeit schaltet er von der Juristerei ab und macht Musik mit einem Streichquartett und im Kammerchor der Dresdner Frauenkirche.



Peter Stange

Ich kandidiere erneut für den Präsidialrat. Der anstehende Altersstrukturwandel stellt auch für den Präsidialrat eine Herausforderung bei der Vergabe von Beförderungsämtern dar; Beförderung soll Bestenauslese bleiben.

Peter Stange ist Richter am Amtsgericht als ständiger Vertreter des Direktors beim Amtsgericht Auerbach. Er wurde 1959 in Plauen geboren und studierte in Berlin. 1985 nahm er seine Tätigkeit am Kreisgericht Oelsnitz/V. auf. Nach seiner Übernahme in die sächsische Justiz 1991 arbeitete er u.a. am Landgericht München und am Oberlandesgericht Dresden. 1999 wurde er weiterer aufsichtsführender Richter am Amtsgericht Zwickau und von dort 2001 in seine jetzige Position versetzt. Peter Stange ist Gründungsmitglied des SRV, Mitglied des Landesvorstands, Vorsitzender des Landesrichterrates und Mitglied im Präsidialrat. Er ist verheiratet und Vater eines Sohnes.

Kandidaten aus der ordentlichen Gerichtsbarkeit für den Landesrichterrat

Der Sächsische Richterverein schlägt die folgenden Kollegen aus der
ordentlichen Gerichtsbarkeit für die Wahl zum Landesrichterrat vor:

Dominik Börner

Ich kandidiere für den Landesrichterrat, weil in der sächsischen Justiz in den nächsten Jahren eine Reihe zukunftsweisender Entscheidungen, insbesondere in personeller und arbeitsorganisatorischer Hinsicht, zu treffen sind, welche die Beteiligung einer starken Personalvertretung erforderlich machen. Ich möchte daran mitwirken, dass bei diesen Entscheidungen die Belange der Richterschaft und nicht ausschließlich fiskalische Gesichtspunkte im Vordergrund stehen.

Dominik Börner ist Richter am AG Chemnitz. Zuvor war er bis 1995 als Staatsanwalt bei den Staatsanwaltschaften Chemnitz und Nürnberg-Fürth tätig und von 1995 bis 2001 als Richter am LG Chemnitz in einer Zivil- und Strafbereufungskammer sowie im Schwurgericht. 2002 wurde er an das AG Annaberg und danach bis 2005 an das Amtsgericht Stollberg abgeordnet. Von 2005 bis 2012 war er Richter am AG Annaberg in Straf-, Betreuungs- und Familiensachen. Seit 2013 ist er Schöffen- und Strafrichter beim AG Chemnitz.



Dr. Hermann Hepp-Schwab

Ich kandidiere für den Landesrichterrat, weil die sächsische Justiz mit der bevorstehenden Einführung der e-Akte einer großen Herausforderung gegenübersteht. Dabei will ich dafür eintreten, dass diese Technik unserer richterlichen Arbeit dient und unsere Unabhängigkeit wie der Gesundheitsschutz volle Beachtung erfahren.

Dr. Hermann Hepp-Schwab ist Richter am Amtsgericht Dresden. Er wurde 1962 geboren und absolvierte seine Ausbildung in Tübingen. 1994 trat er in den sächsischen Justizdienst beim Landgericht Dresden in einer Zivilkammer ein. Danach war er von 1995 bis 1997 als Referent im Bereich Zivilprozessrecht im Staatsministerium der Justiz und bis Ende 1998 als Staatsanwalt in Dresden tätig. 1998 schloss er seine Promotion im Gesellschafts- und Sachenrecht ab. Seit 1999 arbeitet er als Strafrichter beim Amtsgericht Dresden, ab 2000 mit dem Schwerpunkt Wirtschaftsstrafrecht. Beim Oberlandesgericht Dresden war er von 2012 bis 2013 Beisitzer eines Zivilsenats. Seit 2014 ist er als nebenamtlicher AG-Leiter für Strafrecht in der Referendarsausbildung tätig. Dr. Hepp-Schwab war von 2000 bis 2004 Mitglied des Richterrates beim Amtsgericht Dresden. Seit 2012 befasst er sich im Landesrichterrat schwerpunktmäßig mit dem Fachverfahren forum^{STAR} und der (künftigen) e-Akte. Er ist verheiratet und Vater von vier Kindern.



Mario Stein

Ich kandidiere für den Landesrichterrat, da es mir wichtig ist, in Zeiten vermeintlich leerer Kassen und immer schwieriger werdender Arbeitsbedingungen der sächsischen Richterschaft deren Interessen und Belange wahrzunehmen und mich für positive Veränderungen einzusetzen.

Mario Stein ist Richter am Amtsgericht Döbeln, Zweigstelle Hainichen. Er schloss die juristische Ausbildung 1989 ab. Er war zunächst an den Kreisgerichten Rochlitz und Hainichen, als dessen Direktor er zeitweilig amtierte, tätig. Es folgten Abordnungen an die Landgerichte Weiden/OPf. und Chemnitz sowie verschiedene amtsrichterliche Tätigkeiten. Seit 2002 hat er seine gegenwärtige Funktion als Zivilrichter inne.





Hans Schlüter-Staats

In der vergangenen Arbeitsperiode des Landesrichterrates habe ich mich vor allem mit den Problemen der „Elektrifizierung“ der Justiz beschäftigt. Ich möchte diese Arbeit fortsetzen und das vom Justizministerium geplante Projekt zur Einführung elektronischer Akten in der Justiz aktiv, konstruktiv und dort, wo geboten auch kritisch begleiten. Es geht darum, einen beispiellosen Paradigmenwechsel in der praktischen Arbeit der gesamten Justiz mitzugestalten. Dabei müssen die Personalvertretungen auf die sorgfältige Entwicklung einer an den konkreten Bedürfnissen der Richterschaft ausgerichteten Technik dringen, die nicht abstrakten Innovationsvorstellungen und angeblichem Zeitdruck folgt.

Hans Schlüter-Staats ist seit 2003 Vorsitzender der Großen Wirtschaftsstrafkammer beim Landgericht Dresden. Er wurde 1961 geboren. Nach dem Abitur in Nordrhein-Westfalen hat er in Passau und München studiert, wo er auch das Referendariat absolvierte. Seit April 1992 ist er in der sächsischen Justiz tätig, zunächst als Staatsanwalt in der Abteilung für „SED-Unrecht“, dann im Justizministerium und seit 1995 als Richter. Er war in Zivil- und Strafkammern beim Landgericht Dresden tätig und drei Jahre lang Dozent in der Rechtspflegerausbildung an der Fachhochschule in Meißen. Seit 2000 ist er, u.a. beim Oberlandesgericht und als Vorsitzender einer Berufungskammer beim Landgericht Dresden, im Strafrecht tätig. Er ist verheiratet und hat drei Kinder im Alter von 12, 14 und 16 Jahren.



Peter Stange

Um die bisherige erfolgreiche Arbeit fortsetzen zu können, kandidiere ich erneut für den Landesrichterrat. Maßgeblich haben wir uns in der letzten Wahlperiode mit den Schwerpunktthemen PebbSy, forum^{STAR} und die Einführung einer e-Akte in der Justiz beschäftigt. Diesen noch nicht abgeschlossenen Prozess möchte ich weiterhin mitgestalten.

Siehe Präsidialrat der ordentlichen Gerichtsbarkeit.



Hans Weiß

Von alleine lösen sich weder die vorhandenen Probleme in der täglichen Arbeit noch die anstehenden Herausforderungen der nächsten Jahre in unserem Sinne. Ich möchte mich einmischen und mitentscheiden, wenn es um die (technische) Gestaltung unserer Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen geht. Unsere tägliche Arbeit muss auch bei verlängerter Lebensarbeitszeit und trotz Generationswechsels machbar bleiben.

Hans Weiß wurde 1968 geboren und ist seit dem Jahr 2002 mit wechselnden Aufgaben als Richter am Amtsgericht Leipzig tätig. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder. Sein Studium und Referendariat sowie eine zweijährige Anwaltschaftigkeit verbrachte er in Baden-Württemberg. 1997 kam er nach Leipzig, trat 1998 dem Sächsischen Richterverein bei und gehört seit 2001 dem Vorstand der dortigen Bezirksgruppe an.

Hauptstaatsanwaltsrat

Der Sächsische Richterverein schlägt die folgenden Kolleginnen und Kollegen für die Wahl zum Hauptstaatsanwaltsrat vor:

Vorsitzender Klaus Rövekamp



Ich möchte an transparenten, kompetenzorientierten und ausgewogenen Personalentscheidungen mitwirken.

Klaus Rövekamp ist Leitender Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Leipzig. Er wurde 1960 in Duisburg geboren. Nach Abschluss einer Banklehre und dem Studium in Passau trat er in den Justizdienst des Freistaates Bayern ein und wurde 1990 zum Staatsanwalt in Landshut ernannt. Es folgten Abordnungen an die Staatsanwaltschaft Chemnitz (1991), an das Bundesministerium der Justiz (1993) und die Ernennung zum Richter am Landgericht in Duisburg (1995). Im Anschluss an seine Versetzung zum Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Dresden (1999) übernahm er Aufgaben als stellvertretender Behördenleiter in Dresden (2002) und als Abteilungsleiter bei der Generalstaatsanwaltschaft (2006). Von August 2012 bis Juni 2016 leitete er die Staatsanwaltschaft Zwickau. Klaus Rövekamp ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Weitere Mitglieder

Petra Frohberg



Mitbestimmung in Beförderungsentscheidungen in der sächsischen Justiz heißt in entscheidenden Fragen Mitwirkung. Auch wenn die Wirkung der Auffassungen des Hauptstaatsanwaltsrates eher gering ist, sollten wir uns in den anstehenden, bereits beginnenden „Generationswechsel“ in der sächsischen Justiz im Interesse aller einbringen. Ich möchte mich für ausgewogene, den Interessen der einzelnen Staatsanwaltschaften gerecht werdende, Entscheidungen engagieren.

Petra Frohberg ist Staatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft Dresden. Sie wurde 1958 geboren und studierte in Jena. 1983 wurde sie Staatsanwältin in Berlin und wechselte 1990 nach Sachsen. Es folgten Stationen an den Staatsanwaltschaften Dresden und Görlitz und Mitte der 90er Jahre eine Zeit als Richterin am Amtsgericht Dresden. Seit 1996 ist sie ununterbrochen in der Staatsanwaltschaft Dresden in verschiedenen Abteilungen tätig. Petra Frohberg war auch Vorsitzende der Bezirksgruppe Dresden des SRV. Sie ist verheiratet und hat ein Kind.

Jan Hille



Ich kandidiere für den Hauptstaatsanwaltsrat und den Landesstaatsanwaltsrat, um den in der letzten Wahlperiode begonnenen Weg der kritischen Begleitung und Mitgestaltung der Einführung neuer Arbeitsmethoden (Stichwort elektr. Akte) fortzuführen und dem Dienstherrn bei Bedarf in Erinnerung zu rufen, dass das Beamtenverhältnis auch eine Alimentations- und Fürsorgepflicht beinhaltet.

Jan Hille studierte von 1985 bis 1989 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena Rechtswissenschaft und wurde 1989 beim Staatsanwalt des Kreises Sebnitz zum Staatsanwalt ernannt. Seit 1990 gehört er der Staatsanwaltschaft Dresden an. Seit 2008 ist er Mitglied des Landesstaatsanwaltsrats und seit 2012 dessen Vorsitzender; seit 2012 gehört er zudem dem Hauptstaatsanwaltsrat an.



Steffen Rahrbach

Steffen Rahrbach wurde 1970 geboren und ist Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Leipzig. Nach seinem Studium in Köln absolvierte er bis 1998 das Referendariat in Siegen. Bei der Staatsanwaltschaft Leipzig war er von 2000 bis 2009 in der Wirtschaftsabteilung tätig. Nach seiner Abordnung bei der Generalstaatsanwaltschaft von 2009 bis 2011 arbeitete er von 2011 bis 2013 in der Jugendabteilung, wo er schwerpunktmäßig für Sexualstraftaten zuständig war, und ist seit 2013 wieder in der Wirtschaftsabteilung tätig. Steffen Rahrbach ist verheiratet und hat zwei Kinder.



Bernd Vogel

Ich kandidiere für den Hauptstaatsanwaltsrat, um eine größere Transparenz der ministeriellen Personalentscheidungen und einen größeren Realismus der dienstlichen Anlassbeurteilungen zu erreichen.

Bernd Vogel ist Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Chemnitz. 1957 in Altenburg geboren, stammt er aus einer Arbeiterfamilie und studierte bis 1982 in Jena. Sodann wurde er Staatsanwalt in Glauchau. Es folgte 1988 seine Versetzung nach Freiberg, bevor er seit 1991 als Staatsanwalt in der Staatsanwaltschaft Chemnitz tätig wurde. Gegenwärtig leitet Bernd Vogel in der Staatsanwaltschaft Chemnitz die Abteilung für Straftaten von besonderer Bedeutung. Er ist verheiratet, Vater einer erwachsenen Tochter und zweifacher Großvater.

Landesstaatsanwaltsrat

Der Sächsische Richterverein schlägt die folgenden Kolleginnen und Kollegen für die Wahl zum Landesstaatsanwaltsrat vor:



Jan Hille

Siehe Hauptstaatsanwaltsrat

Beate Kozik

Ich kandidiere für den Landesstaatsanwaltsrat, da durch die Wahrnehmung der Mitspracherechte zur Verbesserung der mir aus der täglichen Arbeit bekannten praktischen Probleme beigetragen werden kann. Insbesondere möchte ich mich dafür einsetzen, dass die Arbeitsbedingungen Schritt halten mit einer für die Staatsanwälte stetig wachsenden Belastung, die aus komplexer werdenden Ermittlungsverfahren, vom Gesetzgeber ausgeweiteten Aufgaben und weiteren Faktoren resultiert.

Beate Kozik, geboren 1969, studierte an der Martin-Luther-Universität in Halle/Saale und absolvierte den Vorbereitungsdienst in Münster (Westfalen). Seit 1994 ist sie in der sächsischen Justiz tätig. Nachdem sie zunächst die Aufgaben einer Beisitzerin einer Wirtschaftsstrafkammer beim Landgericht Chemnitz wahrnahm, schloss sich die Arbeit als Zivilrichterin beim Landgericht Chemnitz und dem Amtsgericht Dresden an. 1999 wurde sie zur Staatsanwältin ernannt und war sodann viele Jahre in der Wirtschaftsabteilung der Staatsanwaltschaft Dresden mit wechselnden Zuständigkeiten befasst. Von 2012 bis 2015 war sie an das Sächsische Staatsministerium der Justiz abgeordnet und dort vor allem für Fragen des Strafverfahrensrechts zuständig. Seit 2015 ist sie zur Staatsanwaltschaft Dresden zurückgekehrt und dort als Gruppenleiterin in der Abteilung für Organisierte Kriminalität tätig. Beate Kozik ist verheiratet und Mutter von zwei Kindern.



Karin Schreitter-Skvortsov

Ich kandidiere für den Landesstaatsanwaltsrat, um die Beteiligung der Staatsanwälte an grundlegenden Personalentscheidungen zu verbessern. Was Staatsanwälte in der täglichen Praxis erleben, sollte in die Überlegungen des Justizministeriums einfließen.

Karin Schreitter-Skvortsov ist Staatsanwältin an der Staatsanwaltschaft Dresden. Nach dem Studium in Bayreuth und Bordeaux und dem Vorbereitungsdienst in Bamberg war sie zunächst als Rechtsanwältin in Moskau tätig. 1998 trat sie in die sächsische Justiz ein mit Stationen am Amts- und am Landgericht Dresden. 2001 wurde sie in Dresden zur Staatsanwältin ernannt, wo sie seitdem von einer Mitwirkung bei INES und einer Abordnung an die Generalstaatsanwaltschaft unterbrochen in der Wirtschaftsabteilung tätig ist. Außerdem organisierte sie im Rahmen eines EU-Projektes Fortbildungsprogramme für russische staatliche Wirtschaftsgerichte, unterrichtete Referendare im Strafprozessrecht und organisierte für die Deutsche Richterakademie Seminare zur russischen Justiz. Derzeit arbeitet sie an einer Verbesserung der Vermögensabschöpfung in der Staatsanwaltschaft Dresden. Karin Schreitter-Skvortsov ist verheiratet und hat zwei Kinder.



Matthias Uhlig

Ich kandidiere für den Landesstaatsanwaltsrat, weil sich unsere Arbeitsbedingungen nur dadurch verbessern lassen, dass Mitspracherechte auch effektiv wahrgenommen werden.

Matthias Uhlig ist Staatsanwalt als Gruppenleiter bei der Staatsanwaltschaft Chemnitz, derzeit abgeordnet an die Generalstaatsanwaltschaft Dresden. Er wurde 1977 geboren und absolvierte bis 2002 in Bayreuth das Jurastudium mit wirtschaftswissenschaftlicher Zusatzausbildung. Nachdem er sein Referendariat in Chemnitz abgeleistet hatte, trat er im Frühjahr 2005 in den sächsischen Justizdienst ein. In der Probezeit war er bei der Staatsanwaltschaft und am Sozialgericht Chemnitz sowie am Amtsgericht Hainichen tätig. Von seiner Ernennung auf Lebenszeit im Jahr 2008 bis zum Jahr 2014 war er als Dezernent in der Wirtschaftsabteilung der Staatsanwaltschaft Chemnitz tätig. Seit März 2014 ist Herr Uhlig an die Generalstaatsanwaltschaft Dresden abgeordnet und hat in diesem Zeitraum zunächst die Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaften Görlitz und Leipzig wahrgenommen. Seit April 2016 führt er die Fachaufsicht in den Bereichen der Organisierten Kriminalität und der politisch motivierten Kriminalität. Matthias Uhlig ist verheiratet.



Weitere Mitglieder des Präsidialrates der Arbeitsgerichtsbarkeit

Der Sächsische Richterverein schlägt die folgenden Kolleginnen und Kollegen aus der Arbeitsgerichtsbarkeit für die Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidialrates der Arbeitsgerichtsbarkeit vor:



Claudia Neumann

Ich kandidiere erneut für den Präsidialrat, denn ich möchte die Interessen der Richterinnen und Richter der 1. Instanz der sächsischen Arbeitsgerichtsbarkeit in personellen Angelegenheiten weiterhin wahrnehmen. Ich möchte mich hierbei dafür einsetzen, dass Personalentscheidungen transparent und für die Richterschaft akzeptabel sind.

Claudia Neumann ist Richterin am Arbeitsgericht Bautzen. Sie wurde 1957 geboren und studierte bis 1980 in Berlin. Anschließend war sie am Kreisgericht Bautzen Richterassistentin und seit 1982 Richterin. 1994 wurde sie zur Richterin am Arbeitsgericht ernannt. Im Jahr 2000 war sie an das Sächsische Landesarbeitsgericht und in den Jahren 2008 und 2009 sowie vom Januar 2015 bis zum Februar 2016 an das Amtsgericht Kamenz abgeordnet. Claudia Neumann ist seit 2004 Mitglied des Präsidialrates der Arbeitsgerichtsbarkeit. Sie ist verwitwet und Mutter zweier erwachsener Söhne.



Georg Schmidt

Ich kandidiere erneut für den Präsidialrat, weil ich mich dafür einsetzen will, dass bei Personalentscheidungen die Beteiligungsrechte der Richterschaft verstärkt zum Tragen kommen.

Georg Schmidt ist Direktor des Arbeitsgerichts Zwickau. Er wurde 1955 geboren, studierte in Nürnberg Betriebswirtschaftslehre und in Regensburg Rechtswissenschaften. Seinen Vorbereitungsdienst absolvierte er in Bayern. Zunächst war er seit 1989 als Rechtsanwalt tätig, bis er 1991 in die sächsische Justiz eintrat. Er war mehrfach an das Sächsische Landesarbeitsgericht abgeordnet und wurde 1999 zum ständigen Vertreter des Direktors des Arbeitsgerichts Zwickau ernannt. Seit 2001 ist er Direktor des Gerichts. Georg Schmidt ist Mitglied des Dienstgerichtshofs und des Präsidialrates der Arbeitsgerichtsbarkeit. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.



Christian Weinrich

Ich kandidiere für den Präsidialrat, weil man da, wo man mitreden darf, sich auch beteiligen sollte.

Christian Weinrich ist Richter am Arbeitsgericht Dresden und Mitglied des Präsidialrats. Er wurde 1958 in Würzburg geboren und studierte Rechtswissenschaften an den Universitäten Würzburg und Regensburg. Den Vorbereitungsdienst absolvierte er im Bezirk des OLG Nürnberg. Gleichzeitig war er wissenschaftliche Hilfskraft an einem zivilrechtlichen Lehrstuhl der Universität Regensburg. Seine Berufstätigkeit begann er danach als Verbandsjurist und Rechtsanwalt in Köln von 1987 bis 1991. Er trat 1991 in die sächsische Justiz ein. Christian Weinrich ist Vater von zwei Kindern.

Kandidaten aus der Arbeitsgerichtsbarkeit für den Landesrichterrat

Der Sächsische Richterverein schlägt die folgenden Kolleginnen und Kollegen aus der Arbeitsgerichtsbarkeit für die Wahl zum Landesrichterrat vor:

Lars Brüggmann

Ich kandidiere für den Landesrichterrat, um dessen Arbeit auch weiterhin zu unterstützen. Der Landesrichterrat muss sich gegenüber dem Ministerium insbesondere für die Rechte und Interessen der sächsischen Richter bei den anstehenden strukturellen Veränderungen in der Justiz (Generationenwechsel, Einführung e-Akte) ein- und durchsetzen. Dabei möchte ich helfen.

Lars Brüggmann wurde 1962 in Hamburg geboren, studierte in Würzburg und absolvierte sein Referendariat in Würzburg und München. Seit 1991 ist er – mit Abordnungen an das Sächsische Landesarbeitsgericht und das Sächsische Landessozialgericht – am Arbeitsgericht in Zwickau tätig. Er ist örtlicher Richterrat des Arbeitsgerichts Zwickau, Mitglied des Landesrichterrats und Mitglied des Landesvorstands des SRV. Lars Brüggmann ist verheiratet und hat zwei Kinder.



Bodo Kirsch

Ich möchte auch künftig die Interessen der Arbeitsrichterinnen und -richter gegenüber unserem Präsidenten und die aller Richterinnen und Richter gegenüber dem Justizministerium vertreten. Insbesondere die beabsichtigte Einführung der elektronischen Akte hat uns in der letzten Zeit stark beschäftigt. Diese möchte ich weiterhin kritisch aber auch konstruktiv im Interesse der Richterinnen und Richter begleiten. Dabei dürfen wir aber auch andere Themenfelder nicht aus den Augen verlieren.

Bodo Kirsch ist Richter am Arbeitsgericht Bautzen. Er wurde 1961 in Schwerin geboren und studierte in Berlin. Ab 1989 war er als Richter am Kreisgericht Hoyerswerda tätig. Er wurde 1992 an das Arbeitsgericht Bautzen versetzt und später dort auch ernannt. Abgesehen von einer einjährigen Abordnung an das Amtsgericht Hoyerswerda in den Jahren 2005 und 2006 und einer 18-monatigen Teilabordnung an das Amtsgericht Bautzen ist Bodo Kirsch seitdem am Arbeitsgericht Bautzen tätig. Er war viele Jahre Mitglied des Präsidialrates der Arbeitsgerichtsbarkeit und ist seit 2009 der Vertreter der Arbeitsgerichtsbarkeit im Hauptausschuss des Landesrichterrates. Dort ist er mit zwei weiteren Kollegen derzeit hauptsächlich mit allen mitbestimmungsrelevanten Fragen rund um die Einführung elektronischer Verfahrensakte befasst. Bodo Kirsch ist verheiratet und Vater einer erwachsenen Tochter.



Katrin Schmidt

Unsere ohnehin sehr eingeschränkten Mitbestimmungs- und Mitspracherechte müssen in den Gremien intensiv genutzt werden. Für mich gilt dies insbesondere für die Herausforderungen, vor die uns die elektronische Akte stellen wird, für die Verjüngung der Justiz (perspektivisch auch der Arbeitsgerichtsbarkeit) als auch – in Anbetracht unseres allseits steigenden Altersdurchschnitts – für das Gesundheitsmanagement.

Katrin Schmidt wurde 1971 in Frankfurt (Oder) geboren. Nach dem Studium von 1990 bis 1995 an der Universität Potsdam folgte der Vorbereitungsdienst in Frankfurt (Oder). 1997 wurde sie in den Richterdienst des Landes Brandenburg aufgenommen und 1998 nach Sachsen versetzt. Seitdem ist sie als Richterin am Arbeitsgericht in Bautzen eingesetzt, war aber auch schon mehrfach an das Amtsgericht Bautzen abgeordnet. Derzeit ist sie an das Sächsische Landesarbeitsgericht abgeordnet. Katrin Schmidt ist verheiratet und hat 2 Kinder. Zu ihren Hobbys gehören die Literatur und der heimische Garten.



Präsidialrat der Sozialgerichtsbarkeit

Der Sächsische Richterverein schlägt die folgenden Kolleginnen und Kollegen für die Wahl zum Präsidialrat der Sozialgerichtsbarkeit vor:



Vorsitzender Friedrich Schilling

Friedrich Schilling war zunächst in der Rechtsanwaltschaft tätig und trat im April 1991 in den sächsischen Justizdienst ein. Nach einer Abordnung an das Sächsische Landesarbeitsgericht wurde er 1994 zum Richter am Arbeitsgericht Leipzig ernannt. Seit vielen Jahren ist er in der Gerichtsleitung tätig, so als Direktor des Arbeitsgerichts Zwickau von 1995 bis 1996, des Amtsgerichts Döbeln von 1997 bis 2000 sowie danach als Vizepräsident und ab 2007 als Direktor des Arbeitsgerichts Leipzig. Seit 2008 ist er Präsident des Sozialgerichts Dresden und seit demselben Jahr auch Vorsitzender des Präsidialrats der Sozialgerichtsbarkeit. Friedrich Schilling ist verheiratet und hat einen Sohn.



Stellvertretender Vorsitzender Josef Bauer

Josef Bauer, Jahrgang 1955, ist Präsident des Sozialgerichts Leipzig. Nach Studium und Vorbereitungsdienst in Regensburg trat er 1985 in den bayerischen Justizdienst ein, wo er zuletzt Staatsanwalt als Gruppenleiter bei der Staatsanwaltschaft München I war. Im August 1996 kam er im Wege der Abordnung an das Amtsgericht Chemnitz. Im Februar 1998 wurde Josef Bauer in den sächsischen Justizdienst versetzt und zum Direktor des Amtsgerichts Hoyerswerda ernannt. Ab 2002 war er Vizepräsident des Amtsgerichts Chemnitz, von 2005 bis 2006 abgeordnet an das Sächsische Landessozialgericht und ab 2008 Vizepräsident des Landgerichts Chemnitz. Seit 2012 hat er seine gegenwärtige Funktion inne.

Weitere Mitglieder



Christine Gerhardt

Ich halte es für wichtig, die bestehenden Mitbestimmungsmöglichkeiten engagiert wahrzunehmen und möchte deshalb meinen Beitrag dazu leisten. Deshalb kandidiere ich für den Präsidialrat.

Christine Gerhardt absolvierte ihre juristische Ausbildung in Gießen. 17 Jahre lang, von 1991 bis 2008, gehörte sie der ordentlichen Gerichtsbarkeit an, bis 1996 als Zivilrichterin am Amtsgericht Wurzen und im Anschluss bis 2008 am Amtsgericht Grimma in den Bereichen Vormundschafts-, Zwangsvollstreckungs-, Schöffens-, Jugendstraf- und Familiensachen. 2008 wurde sie an das Sozialgericht Leipzig versetzt und hat dort AS-, BK-, KG-, SB- und BL-Sachen bearbeitet. Christine Gerhardt ist verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder.

Elke Kock

Ich kandidiere für den Präsidialrat, um die Interessen der sächsischen Richterinnen und Richter bei Personalentscheidungen zu vertreten.

Elke Kock ist Richterin am Sozialgericht Chemnitz. Sie wurde 1963 geboren und studierte bis 1990 in Regensburg und Bonn. Nach dem Referendariat in Rheinland-Pfalz trat sie 1993 in den sächsischen Justizdienst am Sozialgericht Chemnitz ein, an dem sie seitdem tätig ist. Von 2004 bis 2006 war sie an das Sächsische Landessozialgericht abgeordnet. Seit 2008 ist sie Mitglied des Präsidialrates der Sozialgerichtsbarkeit. Elke Kock ist verheiratet und Mutter eines Kindes.



Jutta Metzenmacher-Zimmer

Ich kandidiere erneut für den Präsidialrat, weil ich langjährige Erfahrung dazu einbringen möchte, dass Beförderung Bestenauslese sein soll.

Jutta Metzenmacher-Zimmer ist Richterin am Sozialgericht. Sie wurde 1965 geboren und studierte in Bonn, Freiburg und Amiens, wo sie auch einen französischen Abschluss erwarb. Nach dem Vorbereitungsdienst in Baden-Württemberg und Berlin trat sie 1995 in den Justizdienst des Freistaates Sachsen ein. Sie begann am Sozialgericht Dresden und ist nach Abordnungen an das Staatsministerium der Justiz von 1998 bis 1999 und das Landessozialgericht von 1999 bis 2000 dort auch wieder tätig. Neben der Mitwirkung als Mitglied des Richterrats (2007 bis 2011) ist sie seit 2008 Mitglied des Präsidialrates der Sozialgerichtsbarkeit. Jutta Metzenmacher-Zimmer ist verheiratet und hat zwei Kinder.



Dr. Michael Schnell

Dr. Michael Schnell ist Richter am Landessozialgericht. Er wurde 1972 geboren, studierte in Gießen und Dresden und absolvierte das Referendariat in Sachsen. Im Juli 2000 trat er in den Justizdienst des Freistaates Sachsen ein und war bis Februar 2003 als Referent in der Strafrechtsabteilung des sächsischen Justizministeriums tätig. Von März bis November 2003 war er als Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Dresden eingesetzt. Im Dezember 2003 wurde er zum Richter ernannt, beim Sozialgericht Dresden eingesetzt und diesem im Juni 2005 planmäßig zugeordnet. Von November 2006 bis Oktober 2008 wurde er an das Sächsische Landessozialgericht in Chemnitz abgeordnet. Von November 2008 bis Oktober 2010 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter an das Bundessozialgericht in Kassel abgeordnet. Seit November 2010 ist er dem Sächsischen Landessozialgericht planmäßig zugewiesen.



Nie war mehr Lametta

Für mich ist Mitbestimmung eher ein dröges Thema. Schlagzeilen haben die Gremien in den letzten Jahren kaum produziert. Dicke Bretter zu bohren, braucht Zeit; die Mühen der Ebene.

Aber jetzt stehen wirklich spannende Zeiten bevor. Einige unserer Chefpräsidenten werden in den nächsten Jahren pensioniert. Beim Generalstaatsanwalt scheint es das Ministerium gar nicht erwarten zu können und hat die Stelle gleich neun Monate vorher ausgeschrieben. Aus Erfahrung wissen wir, dass die Besetzung von Führungsstellen gerade bei der Staatsanwaltschaft ein langwieriges Geschäft sein kann. Aber es ist eines mit hohem Unterhaltungswert. Gerade erst hat der Verfassungsgerichtshof seine Episode dazu abgeliefert, und wir haben wieder einmal etwas über besondere konzeptionelle Fähigkeiten erfahren dürfen (Beschluss vom 31. Mai 2016 – Vf. 31-IV-16). Wir wissen zwar, dass nicht der Kollege die Welt in sieben Tagen erschaffen hat, aber wir ahnen, der Plan dazu hätte auch von ihm sein können. Die Warnung des Generals vor dem Verzehr nicht gegarter Tierprodukte ist bereits fester Bestandteil der sächsischen Rechtssprache geworden. Erinnerung beständig wie eine Pyramide.

Auch in der ordentlichen Gerichtsbarkeit neigt sich eine Ära ihrem Ende zu. Wer in den letzten Jahren Feiern am Oberlandesgericht miterlebt hat, dem muss Teheran wie der Inbegriff für zügellose Ausschweifungen vorkommen. Schwäbischer Puritanismus in augusteischem Ambiente. Vielleicht ändert sich das noch kurz vor Schluss. Die Kraft beginnender Altersmilde ist nicht zu unterschätzen. Immerhin besagen Gerüchte, dass sogar Staatsanwälte schon für echte Juristen gehalten wurden. Für Beförderungen am Oberlandesgericht war das Personalangebot aus den eigenen Reihen aber trotzdem immer



noch ausreichend. Und auch diese beiden Leistungen werden im Gedächtnis bleiben: Er hat die Betroffenen für sämtliche Blondinenwitze entschädigt. Und er hat es geschafft, dass es aus dem Wald immer ein bisschen freundlicher zu ihm zurückscholl. Überall wird bereits über die Nachfolge spekuliert. Wird es vielleicht ein TV-Star aus dem Nachmittagsprogramm oder ein Schlagzeilengeber von der Lokalseite, der im Affekt schon mal sich und die richterliche Unabhängigkeit vergisst, oder kommt gar jemand aus dem Ministerium oder kommen alle nacheinander?

So gerne wir uns auch solchen Geschichten widmen, es ist belangloser Klatsch von der bunten Seite. Das sind nicht die Fragen der Gegenwart. Das sind vielmehr die Anfechtungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit der letzten Zeit, vor allem im Ausland, aber auch bei uns. Mit welcher Leichtigkeit Verfassungsgerichte entmachtet, Staatsanwaltschaften unter Kontrolle gebracht, Richter entlassen, inhaftiert und enteignet, und Menschenrechte beseitigt wurden, lässt es selbst einem Raben schwarz vor Augen werden.

Der Rabe